

Vossische



15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Wochenblatt“, „Anzeigerpreise: mm-Zeile 20 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernward Varnagel. Redaktion: in Annaberger Straße 10/11, Berlin. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dänholz (A 7) 3600-3605 für den Postverkehr Amt Dänholz 3608-3608, Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 9920.

Dames-Gespräch bei Poincaré

Mit Pariser Gilbert und Churchill

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
* Paris, 19. Oktober
Ministerpräsident Poincaré hatte heute vormittag eine längere Besprechung mit dem Generalkonferenz für die deutschen Reparationszahlungen, Pariser Gilbert, und dem englischen Schatzkanzler Churchill, der gefolgt wurde zusammen mit Pariser Gilbert in Paris eingetroffen ist.
Was das amtliche Communiqué über diese Besprechung mittelt, gilt die Ausgabe lediglich der Zusammenfassung und der Vollmacht der in dem in der 8. Kommission beschlossenen deutsch-amerikanischen Sachverständigenkommission.
Die Besprechungen darüber zwischen Pariser Gilbert und den interessierten Regierungen sollen in der nächsten Zeit fortgesetzt werden.
Der „Temps“ betont in einem Kommentar zu diesen amtlichen Communiqués nochmals ausdrücklich, daß die Verhandlungen keineswegs über den angegebenen Rahmen hinausgegangen sind. Insbesondere habe man sich nicht damit befaßt und auch nicht beabsichtigen können, den Gesamtbetrag der deutschen Schulden irgendeine systemmäßig festzusetzen oder die Aufhebung der Transaktorenklausel ins Auge zu fassen. Um diese Reformen zu diskutieren, sei es noch viel zu früh. Man könne auch noch keine allgemeine gestrichelten Formeln für eine bestimmte Restriktion ins Auge fassen, da man noch die an sich sehr detaillierten Verhandlungen vieler „weiter erörterten könnte. Evidenter wolle schon jetzt die Sachverständigenverhandlungen außerordentlich wichtig sein, und man müsse sich darauf gefaßt machen, daß eine Lösung nicht so schnell gefunden werde.
Churchill ist heute nachmittag wieder nach London zurückgekehrt. Ministerpräsident Poincaré nach Samingsen gefahren. Pariser Gilbert wird sich von hier aus nach Brüssel und Rom begeben.

Amerika wird eingeladen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
* London, 19. Oktober
Nach englischen Meldungen hat in der Unterredung zwischen Churchill und Poincaré die Frage eine entscheidende Rolle gespielt, ob man Amerika einladen soll, an den Beratungen der Kommission sich zu beteiligen, deren Einsetzung zur Prüfung der Reparationsfrage vorgehoben worden war. Anfangs ist ein in dieser Frage zur Vereinbarung gelangt, Amerika einzuladen, obwohl Pariser Gilbert in London und Paris seinen Zweifel darüber geäußert haben soll, daß in nächster Zeit mit einem Schuldennachschuß für die Alliierten nicht zu rechnen sei.

Eine Antwort aus Washington

Funkdienst der „Vossischen Zeitung“
* New York, 19. Oktober
Im Staatsdepartement wurde heute mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten unter keinen Umständen an der geplanten Sachverständigen-Konferenz über die Reparationsfrage teilnehmen werde. Es ist möglich, daß bei den Besprechungen amerikanischer Bankiers zugegen sein würden, sie hätten dies aber in vollkommen privater Eigenschaft. Wenn die Konferenz oder der Bankiers irgendeine Abmachungen treffen sollten, so könne die Regierung der Vereinigten Staaten sich in keiner Weise hieran gebunden fühlen.

England „einigermaßen verstimmmt“

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
* London, 19. Oktober
Die Unterredung zwischen Pariser Gilbert und Churchill hat in besonders scharfer Form den Gegenstand der deutschen, französischen, amerikanischen und englischen Auffassung in der Reparationsfrage aufgerollt. Churchill ist, wie seine Freunde jetzt glauben, über die „finanzielle Situation“ Englands in dieser Frage derartig beunruhigt gewesen, daß er in der letzten Sitzung des englischen Kabinetts am Mittwoch die Ermächtigung erlangt hat, eine Angleichung des englischen an den französischen Standpunkt in einer persönlichen Unterredung mit Poincaré herbeizuführen. Zu diesem Zweck ist Churchill heute in Paris, begleitet von seinem Finanzsekretär, eingetroffen und hat heute vormittag längere Besprechungen mit Poincaré und Pariser Gilbert gehabt.
In diesen politischen Kreisen betont man, daß Churchill die Aufgabe hat, die französische Regierung daran zu erinnern, daß die zuerst im englisch-französischen Marinetkompromiß zum Ausdruck gekommenen Änderungen keine Zänder sind auch auf die Reparationsfrage bezogen müßte. Im England ist man einmütigen übereinstimmend darüber, daß bereits ein weitgehendes Einverständnis zwischen deutschen, amerikanischen und französischen Sachverständigen besteht soll, wonach die Reparationsfrage auf Grund einer deutschen Gesamtzahlung von 30 Milliarden, zahlbar in 20 Jahren — sei es in Zinsraten oder Anleihebondsformen — aufzulösen genommen sein soll und England nur vor die Wahl gestellt werden soll, das zu oder nicht zu tun.
Die Deutsche Seite ist, wie wir bereits wiederholt ausführlich berichteten, keineswegs englischen Interessen entgegenzutreten würde sich durch Churchills Besuch in Paris unter Aufrechterhaltung der engsten englisch-französischen Beziehungen vermeiden werden.

Marg legt den Parteivorsth nieder

Das Zentrumverbleiben veranlaßt, daß Reichsanwalt a. D. Marg ausfindig sei, das Amt des Vorsitzenden der Zentrumspartei — Vorsitzender der Reichsorganisation ist der frühere Ministerpräsident Siegelmann — niederzulegen. Diese Maßnahme ist jedoch zum Glück durch die Parteivorsitzenden verhindert, man hat aber den Eindruck, daß Marg aus politischen Erwägungen zu seinem Entschluß gelangt ist, auf die Führung des Zentrums zu verzichten.
Man weiß nämlich, daß Marg mit seiner These, das Zentrum solle gegenüber dem Kabinett Müller-Franke zurücktreten und auf eine weitergehende Bindung verzichten, was praktisch aber auf eine Verhinderung der Großen Koalition hinauslaufen würde, nicht durchgedrungen ist. Im Gegenteil, bei den letzten Beratungen des Zentrums haben diejenigen Zentrumsführer die Mehrheit erhalten, die sich für eine Unterbrechung der Großen Koalition einsetzten. Es mag sein, daß die Ablehnung, die Marg in seiner eigenen Partei erlitten hat, in ihm den Entschluß reifen ließ, von der Führung der Partei zurückzutreten.
Als Nachfolger nennt man den ehemaligen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der der Kandidat des Reichstages Volkskonsultations, der mehr oder noch die Abgeordneten Regierung der Großen Koalition ist. Brauns ist als ein Mann bekannt, der gerade das Denken dieser Abgeordneten, die „Reichsweite Arbeiterzeitung“, die in der Führung der Reichstagsarbeiten Marg vor jeder anderen Zentrumsmannschaft bringt, und die „Königliche Volkszeitung“ gelten den Abgeordneten Joos anlässlich seines Geburtsjahres in einem Zetteltitel in („Lohnungsrollen“ Weise lieferte — da bei seine Beobachtung um die Partei betonte. Weisner die jüngeren Kräfte in der Partei haben Joos auf ihren Gehalt erhoben.

Das Fazit der Parteitage

Dr. W. S. Ewarde, Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“
* London, 19. Oktober
Alle großen englischen Parteien haben jetzt nacheinander getagt und in rührender Uebereinstimmung, sei es im Schluß, Marxismus oder Parteifragen wollen „geboten“. Die Parteitage haben übereinstimmend den Zweck gehabt, die Fragen, die den Durchführlingsländer heute am meisten aufregen, sich für eine Erörterung in parteipolitischen Rahmen und für die Bildung von Fronten im Parteitag selbst eignen. Deren Engländer ist zu stark mit gelungenen Meinungsänderungen befaßt, um die Frage, ob eine Übermittlung zum Einfluß des Parteitagempfangs zu machen. Er weiß, daß die Stellungnahme seiner Regierung in dieser Frage bei der Größe des Weltkrieges und der zahllosen Streitigkeiten, denen es sich gegenüber muß, nicht möglich ist „von dem, was andere tun“, als vom eigenen Willen. Der Steuerdruck — Funktion des Rückgangsbedarfes und des unermüdlichen Fortschritts sozialistischer Einrichtungen, dem sich keine Partei ohne Wählerverluste entziehen kann — und die ohnehin schon zu groß sind, die in der Welt der Engländer bereit sind, die Formulierung eines neuen und vom Kabinett Lloyd George, Baldwin, MacDonald und wieder Baldwin weiß, von keiner Partei befohlen werden. Es werden bereits als unermüdliche Mitglieder mit einem geradezu bedinglichen Fatalismus hingenommen. Doch der soziale Aufbau des englischen Staates sich der gebundenen Wirtschaft und der Area internationaler Kontrolle und überstaatlicher Kreditpolitik anpassen muß, ist den Staatswissenschaftlern zwar klar, eignet sich aber nicht für die öffentliche Diskussion.
Der Problemeindruck der Politik und Wirtschaft Englands, der sich in den nächsten Jahren in einer evolutionären Verfassungsänderung Ausdruck verleiht, ist heute die größte Gelegenheit der Parteitagungen. Der politische Apparat Englands ist heute noch, wie vor 50 Jahren auf die Formulierung eines einfachen, schlagwortartigen „Für oder Wider“ eingestellt. Die konservative Partei, einst Träger großer sozialer Gedanken, hat das Erbe Disraelis nach einem Anlauf mit der hinterlassenen Verfassung nicht weiter entfaltet. Baldwin wird im Frühjahr das englische Volk um eine Mandatsübertragung erfragen mit der Begründung, daß er das Geleitge erhalten habe, und daß er glaubt verprechen zu können, Englands „Morgen“ werde sich nicht allzu fern von seinem Wohlfühlstand in die Zukunft zu bewegen.
Baldwin im Herbst 1923 nach einer außerordentlichen Wahlperiode ludte, ging er zum Schutzoll über, fürste gerecht, kam als Führer einer sehr starken geistig und moralisch geistigten Opposition ins Unterhaus zurück und konnte an den halben Millionen der Arbeiterklasse zu überzeugen, daß Baldwin, wie er dem englischen Volk eine durch das Wahlergebnis geliebte Alternative angeboten hätte. Die Liberalen Geister in der konservativen Partei hoffen, daß es ihnen noch gelänge zur Formulierung des Wahlmanifes gelangen wird, Baldwin von der Verantwortung zu überzeugen, das Mandat von 1923 unter, wie sie behaupten, günstigeren Bedingungen zu wiederholen. Die extremen Schutzollrechner rechnen dabei etwas folgenreichlicher; die Konservativen verlieren auf die Fälle die abfällige Würdigung im Unterhaus. Beiderlei Seite mit einem unangenehmen Bewußtsein, das die Liberalen als Oppositionspartei gelächelt. Gelesen sie mit einem klaren aktiven Programm „alors und unter“, so können sie, wenn sie im neuen Parlament mit den Liberalen zu einer Mehrheitsregierung führen, in der Gefahr des Schicksalles der Koalition mit einem wohlhabenden Opfer sein. Die Liberalen sind aber selbstverständlich mindestens ein Mitglied in den drei großen Wirtschaftsprogrammen (schützen, um der größeren Partei — den Konservativen — das Opfer ihres wirtschaftspolitischen Willens erstattet zu werden.
Daß die Konservativen bisher beharrlich über die Außenpolitik geschwiegen haben, ist ein keineswegs ungeeignetes Tatfact. Da sie als die „Beherrschenden“ natürlich den sich abfälligen liberalen Wirtschaftsprogramm so wenig wie möglich reformatorische Konzeptionen machen wollen, bleibt die Außenpolitik als geeignetes Feld des Gegenkommens übrig. Die konservative Partei, die selbst keineswegs in sich einig ist über die im letzten Jahre befohlene, vielfach anti-amerikanisch ausgelegte Politik der „uneinmütigen Koalition“, müßte in den diplomatischen Sachverständigen, würde, wenn eine Koalition sich als unermüdlich erweist, von den Liberalen die Möglichkeit erträumen, „England in der Welt wieder beliebter zu machen“.
Während die Konferenzen ihre Programm- und Wahlpläne bereits auf die Möglichkeit einfließen, mit den Liberalen